

*COMPASS-Infodienst
für christlich-jüdische und deutsch-israelische
Tagesthemen im Web*

www.compass-infodienst.de



ONLINE-EXTRA Nr. 166/167

Doppelausgabe Juli 2012

WAR DIE DDR ANTISEMITISCH?

Gabriel Berger

.....
© 2012 Copyright beim Autor
online exklusiv für ONLINE-EXTRA
www.compass-infodienst.de
.....

Gabriel Berger

War die DDR antisemitisch?

Inhalt

1. Der bundesdeutsche Mainstream	3
2. Stalins Feldzug gegen „Kosmopoliten“ und „Zionisten“	4
3. Ist „Jude“ Religion oder Nationalität?	6
4. Staatliche Fürsorge für ehemals „rassisch Verfolgte“ in der DDR	9
5. Wurden in der DDR „rassisch Verfolgte“ gegenüber „Kämpfern gegen den Faschismus“ benachteiligt?	11
6. Gegenüber „ihren“ Überlebenden des Holocaust war die DDR großzügiger als die Bundesrepublik	12
7. War die antiisraelische Haltung der DDR antisemitisch?	14
8. Die Haltung der Staatsführung zu Israel trieb Juden in der DDR in Gewissenskonflikte	15
9. Es gab in beiden deutschen Staaten einen traditionellen Antisemitismus.....	16
10. Ehemalige Nazis in führenden Positionen der Bundesrepublik boten der DDR eine propagandistische Angriffsfläche.....	17
11. In der DDR wurden die Nazi-Verbrechen früher thematisiert als in der Bundesrepublik	18
12. Grenzen der Aufklärung über den Nationalsozialismus im kommunistischen Diktatorsystem	19
13. Sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik wurde der Widerstand gegen den Nationalsozialismus politisch instrumentalisiert.....	20
14. Nazi-Ideen als Widerstandskonzept für Gegner der DDR	21
15. „Jude“ war in der DDR ein abstrakter Begriff.....	23
16. Warum gab es nach der Wende in neuen Bundesländern deutlich weniger Antisemiten als in den alten?	23
17. Erst seit den achtziger Jahren ist die Auseinandersetzung mit der Nazi-Zeit in der Bundesrepublik eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe	24
18. Fazit	25

1. Der bundesdeutsche Mainstream

Nach dem Fall der Mauer und der deutschen Wiedervereinigung herrscht unter bundesdeutschen Historikern sowie einigen „gewendeten“ Ostdeutschen die Meinung vor, in der DDR habe es einen staatlich sanktionierten und instrumentalisierten Antisemitismus gegeben. Symptomatisch für diese Tendenz war auch die im ZDF ausgestrahlte Dokumentation „Opfer zweiter Klasse“, was schon aus der Ankündigung in den Medien zu folgern ist:

„ZDF-History“ zeigt am Sonntag, 24. Januar 2010, 23.40 Uhr, in einer Dokumentation von Dietmar Schulz, wie in der DDR die Überlebenden des Holocaust durch die SED drangsaliert, bespitzelt und als "Opfer zweiter Klasse" behandelt wurden. Die Stasi hatte sie ständig unter Kontrolle und bespitzelte sie intensiv. Die Juden in der DDR waren der SED besonders suspekt, weil sie Kontakte in den Westen hatten oder mit Israel sympathisierten

Bisher nicht gezeigte Dokumente der Gemeinden und der SED-Führung belegen: In der DDR gab es weitaus mehr Judenfeindlichkeit als bisher bekannt ist.

Als selbst betroffener sehe ich die Notwendigkeit, hierzu einige Fakten richtigzustellen und zwar nicht aus der Position des Historikers, sondern aus der eines Zeitzeugen. Dabei erhebe ich keinen Anspruch auf die volle Wahrheit, bestreite aber die Richtigkeit des von der Mehrheit deutscher Zeithistoriker heute präsentierten Bildes über die Haltung der Machtelite der DDR zu den Juden.

Der Zdf-Beitrag "Opfer zweiter Klasse" war, wie auch die 2007 zum gleichen Thema von der Amadeu Antonio Stiftung¹ initiierte Wanderausstellung „Das hat es bei uns nicht gegeben“, für mich erwartungsgemäß enttäuschend. Beide kolportierten lediglich Altbekanntes, das jedem am Thema interessierten Menschen mindestens seit Mitte der achtziger Jahre, also bereits seit der Zeit vor dem Fall der Mauer, wohl bekannt ist. Sie konnten aber nicht überzeugend darlegen, worin denn die im Vergleich zur Behandlung anderer DDR-Bürger außergewöhnliche Verfolgung oder

Benachteiligung der Juden bestanden haben soll, die den Vorwurf des Antisemitismus rechtfertigen würde.

2. Stalins Feldzug gegen „Kosmopoliten“ und „Zionisten“

Sieht man von der extrem israelfeindlichen Berichterstattung in den Medien ab, war das einzige antisemitische oder besser gesagt judenfeindliche Faktum der Staatsmacht der DDR, das sich zweifelsfrei nachweisen lässt, die Verfolgung von Partei- und Staatsfunktionären Anfang der 50-er Jahre, die zu der im Fernsehbeitrag, wie in der Ausstellung, geschilderten Massenflucht von Juden aus der DDR in den Westen geführt hatte.² Bedenkt man aber, dass die damals als „Kosmopoliten“, „Zionisten“ und angebliche „Agenten des westlichen Imperialismus“ Verfolgten meist hohe Funktionäre der SED und des Staates gewesen sind, könnte man diese hässliche Episode, die auf Anordnung Stalins und seines Apparats in allen Ostblockstaaten ablief und kurz nach seinem Tod im März 1953 beendet war, als eine Fehde innerhalb der DDR-Machtelite betrachten, von der vorwiegend Juden betroffen waren, die selbst zu der Elite zählten und sich aufgrund ihrer marxistischen Überzeugung meist gar nicht als Juden betrachteten. Eine Ausnahme war Paul Merker³, selbst kein Jude, der 1952 verhaftet und noch 1955, zwei Jahre nach Stalins Tod, als „zionistischer Agent“ verurteilt wurde, unter anderem deshalb, weil er die Zahlung einer Wiedergutmachung durch die DDR an deutsche Juden, unabhängig von ihrem Wohnsitz, also auch außerhalb der DDR, anregte⁴. Die Mehrheit der Juden, die gewiss nicht der Machtelite angehörte, hatte mit der Flucht in den Westen Anfang der fünfziger Jahre ganz sicher überreagiert, aus verständlicher Furcht, wenige Jahre nach dem Holocaust wieder ausgegrenzt und verfolgt zu werden. Dass in der DDR noch Mitte der fünfziger Jahre Gerichtsverfahren gegen „Zionisten“ und „Kosmopoliten“ im Geiste des Slansky-Prozesses⁵ in der CSSR stattfanden, folgte aus der Unsicherheit der DDR-Führung. Sie wollte den vergleichsweise liberaleren Kurs des „Tauwetters“ in der UdSSR und in anderen Ostblockstaaten nicht nachvollziehen, um sich nicht selbst der Kritik der Bevölkerung und der Parteimitglieder stellen zu müssen. Deshalb wurde auch nach dem 20. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPDSU) im Jahre 1956, auf dem der Parteisekretär Chruschtschow Stalins Verbrechen aufdeckte und den „Personenkult“ um Stalin kritisierte, in der DDR Stalins Schreckensherrschaft nicht thematisiert und schon gar nicht verurteilt.⁶

Dass es in den berüchtigten Gerichtsverfahren in den Ostblockländern, beginnend mit dem Rajk-Prozess⁷ in Ungarn 1949, dem Kostov-Prozess⁸ in Bulgarien 1949, dem Slansky-Prozess in der Tschechoslowakei 1952 und den darauf folgenden Verfahren in anderen Ostblockländern einschließlich der DDR nur um Juden, mithin um den Antisemitismus, ging, ist ein in der öffentlichen Meinung häufig anzutreffender Irrtum. Hintergrund dieser Prozesse war vielmehr der stalinistische Wahn, alle Kommunisten, die nach dem Krieg aus der westlichen Emigration in ihre Heimatländer zurückgekehrt waren, der Spionage für westliche Geheimdienste zu verdächtigen. Eine besondere Rolle spielte dabei der amerikanisch-jüdische Kommunist Noel Field, der zur Zentralfigur einer internationalen antikommunistischen Verschwörung stilisiert wurde, so dass alle kommunistischen Emigranten, denen Kontakte mit ihm nachgewiesen werden konnten, vor Gerichte gezerrt wurden. Opfer dieser paranoiden Fantasien wurden damals nicht ausschließlich Juden, sie waren aber unter den Verhafteten und zum Tod oder zu hohen Gefängnisstrafen Verurteilten in der Mehrheit, weil vorwiegend sie um zu überleben während der Nazizeit aus ihren Ländern fliehen mussten. Nach sowjetischem Muster gerieten aber alle ehemaligen Westemigranten in den Generalverdacht, Spionage für westliche Geheimdienste zu betreiben und den prosowjetischen Kurs in ihren Heimatländern zu hintertreiben.⁹ Juden unter ihnen wurde zudem, wegen ihrer weltweiten familiären Beziehungen, vorgeworfen „wurzellose Kosmopoliten“ zu sein, womit der traditionell positiv konnotierte Titel „Kosmopolit“, mit dem sich einst auch Goethe geschmückt hatte, als ein Schimpfwort missbraucht wurde. Genauso schlimm war schon damals der Vorwurf, ein Zionist zu sein, obwohl nur wenige Jahre zuvor, 1947, die Sowjetunion in der UNO der Gründung eines jüdischen Staates in Palästina zugestimmt und 1948 der neu gegründete Staat Israel mit tschechoslowakischen Waffen und moralischer Unterstützung des ganzen kommunistisch orientierten Ostblocks gegen die arabischen Invasionstruppen gekämpft hatte. Da in den Gerichtsverfahren gegen die „Spione“ und „Kosmopoliten“ das rechtsstaatlich Prinzip, wonach jeder bis zum Beweis seiner Schuld als Unschuldig zu gelten hat, umgedreht wurde, also jeder als schuldig galt, solange er nicht seine Unschuld beweisen konnte, waren für einen vermeintlichen Delinquenten die Chancen, seinen Kopf aus der Schlinge zu retten, denkbar gering.

3. Ist „Jude“ Religion oder Nationalität?

Die Juden, um die es in diesen Prozessen hauptsächlich ging, gehörten alle der kommunistischen Führungsriege an und waren selbstverständlich nicht religiös. In der DDR traf das auf einen Großteil der Juden zu, die sich als Marxisten zudem meist selbst nicht als Juden betrachteten. Dieser Umstand folgte aus der Tatsache, dass sie nach dem Krieg meist bewusst die Wahl getroffen hatten, in der sowjetischen Besatzungszone, später der DDR, als dem vermeintlich in die Zukunft weisenden, besseren Teil Deutschlands Fuß zu fassen. Diese Haltung folgte aber nicht nur aus ihren marxistischen Überzeugungen. Es herrschte in Deutschland traditionell die Auffassung vor, ein Jude sei ein Anhänger der jüdischen Religion. Wer sich vom jüdischen Glauben abwandte, weil er Christ oder Atheist wurde, war nach dieser Auffassung kein Jude mehr. Wer in Deutschland meinte, es gebe auch nichtreligiöse Juden, wurde in diesem Sinne nazistischer, antisemitischer oder zionistischer Haltung verdächtigt. Den Antisemiten war und ist es in der Tat völlig gleichgültig, ob ein Jude religiös oder nicht religiös ist. Doch diese Einschätzung trifft nicht den realen Sachverhalt. Das wird am Beispiel der Sowjetunion, von der doch die DDR „siegen lernen“ wollte, deutlich sichtbar. Wenn in der Sowjetunion in die Pässe jüdischer Bürger ein „J“ gestempelt war, galt es nicht dem religiösen Bekenntnis, sondern der Nationalität. Im leichtfertigen Analogieschluss zu dem „J“ bei den Nazis wird diese Tatsache oft heute noch als antisemitisch bewertet, als eine bewusste Stigmatisierung jüdischer Menschen. Dabei wird aber ignoriert, dass es eine solche Kennzeichnung im Pass in der Sowjetunion für jede Nationalität gegeben hat, etwa ein „R“ für Russe, ein „U“ für Ukrainer oder ein „T“ für Turkmene. Diese Vorgehensweise stammte noch aus der Zeit von Lenin, Anfang der zwanziger Jahre, und sollte ursprünglich sicherstellen, dass neben den großen auch kleine Völkerschaften der Sowjetunion volle Rechte nationaler Minderheiten erhalten, im Gegensatz zur Situation im Zarenreich, wo es üblich war, Volksgruppen abwertend als rein religiöse Gemeinschaften oder Sekten zu betrachten und ihnen deshalb Rechte auf eigene Sprache und Kultur zu verweigern¹⁰.

Es ist heute weitgehend in Vergessenheit geraten, dass unter den Bolschewiken Stalin als der Experte für Nationalitätenfragen galt. Schon 1912 schrieb er¹¹:

Man kann sich Menschen mit gemeinsamem „Nationalcharakter“ vorstellen, ohne jedoch deshalb sagen zu können, dass sie eine Nation bilden, wenn sie

wirtschaftlich voneinander getrennt sind, auf verschiedenen Territorien leben, verschiedene Sprachen sprechen usw. Das gilt beispielsweise für die russischen, die galizischen, die amerikanischen, die georgischen Juden und die Bergjuden, die unseres Erachtens keine einheitliche Nation bilden.

Nach Stalins Meinung bildeten die Juden aus genannten Gründen zwar keine Nation, wohl aber eine Volksgruppe mit einem gemeinsamen Nationalcharakter, also eine Nationalität. Da Stalin unter Lenin „Volkskommissar für Nationalitätenfragen“ wurde, waren seine Ansichten in der Sowjetunion der verbindliche Maßstab für die Bewertung und Behandlung von Nationalitäten. Somit galten die Juden in der Sowjetunion als eine nationale Minderheit, unabhängig von ihrem Glaubensbekenntnis und unabhängig von der chalachischen, jüdisch-religiösen Definition, wer ein Jude sei.¹² Diese ursprünglich durchaus gut gemeinte Regelung führte später unter Stalin und den nachfolgenden sowjetischen Führungen zu scharfer Diskriminierung, aber nicht nur der Juden, auch anderer Nationalitäten. Als besonders diskriminierend empfanden sowjetische Juden die Quotenregelung an den Universitäten, die den Anteil jüdischer Studenten künstlich niedrig hielt.

Die in der Sowjetunion, zumindest in „guten“ Zeiten, herrschende Selbstverständlichkeit, die Juden als eine Volksgruppe mit eigener Sprache und Kultur zu betrachten, war in der DDR nie üblich. In Kreisen von Nichtjuden, aber auch aus Deutschland stammender Juden, neigte man eher dazu, Judentum ausschließlich als eine Religion zu sehen, vermied aber öffentliche Diskussionen zu diesem Thema. Die Besonderheit der Juden in der DDR bestand aber gerade darin, dass sie selbst dann, wenn sie sich als Juden betrachteten, meist ungläubig waren. Es wurde von ihnen auch nicht als ein Widerspruch empfunden, zugleich Mitglied der SED und einer jüdischen Gemeinde zu sein. Jüdische Gemeinden galten in der DDR folglich nie im strengen Sinne als Religionsgemeinden, im Gegensatz zu christlichen Gemeinden, in denen es, bis auf wenige Ausnahmen, keine SED-Mitglieder gab. Die Zugehörigkeit zu christlichen Kirchen, Taufe der Kinder oder Teilnahme an christlichen Ritualen waren für SED-Mitglieder ein strenges Tabu. Wenn dagegen zu jüdischen Feiertagen in Synagogen jüdische Rituale zelebriert wurden, galten sie ihren Teilnehmern mehrheitlich nicht als religiöse Handlungen, sondern lediglich als Traditionspflege, und deshalb mit der atheistischen Einstellung vereinbar. So war es allerdings in der DDR nicht immer. Davon konnte Helmut Eschwege, ein äußerst

verdienstvolles Mitglied der Jüdischen Gemeinde Dresden, ein Lied singen¹³. Ihm wurde 1953 in der SED ein Parteiverfahren angehängt, weil er in einem Formular der Partei in der Rubrik „Nationalität“ „jüdisch“ eingetragen hatte. Sein anschließendes Beharren auf der Meinung, es existiere, unabhängig von der konfessionellen Zugehörigkeit, eine jüdische Nationalität, wurde ihm als verwerfliche „zionistische Tendenz“ ausgelegt. Ebenso anstößig war für die SED seine Aktivität in der Dresdner Jüdischen Gemeinde. Das war damals in der DDR das vergleichsweise harmlose Echo des Slansky-Prozesses in der CSSR¹⁴, in dem elf führende jüdische Kommunisten wegen angeblicher konspirativer Tätigkeit für westliche Geheimdienste und einer Verschwörung gegen die kommunistische Staatsmacht zum Tode verurteilt wurden. In dieser Zeit verließen, auf Druck der Parteiführung, SED-Mitglieder die jüdischen Gemeinden. Diese hässliche Episode war aber, wie bereits oben erwähnt, spätestens Mitte der fünfziger Jahre in allen Ostblockstaaten zu Ende. Dementsprechend änderte sich auch die Haltung der in der DDR herrschenden SED zur Mitgliedschaft ihrer Mitglieder in den jüdischen Gemeinden. Sie wurde, anders als die Mitgliedschaft in den christlichen Gemeinden, toleriert, im Wissen, dass die in den jüdischen Gemeinden eingeschriebenen SED-Mitglieder Atheisten, meist linientreue Marxisten und verlässliche Staatsbürger waren. Mir persönlich bekannt waren zum Beispiel einige sehr einflussreiche Mitglieder der kleinen jüdischen Gemeinde Dresden, alle SED-Mitglieder: Israel Schreier, Dozent für Marxismus-Leninismus an der Landwirtschaftshochschule Meißen, seine Ehefrau Esther, Leiterin für Handel und Versorgung des Kreises Meißen, Helmut Eschwege, Leiter der Bibliothek für Marxismus-Leninismus der TU Dresden, Rudolf Lappe, Professor für Elektrotechnik an der TU Dresden und zeitweise Mitglied des Zentralkomitees der SED, sowie sein Sohn Dr. Herbert Lappe. Dass die Mitglieder jüdischer Gemeinden trotz ihrer meist atheistischen Überzeugungen und loyaler Einstellung zur DDR von der Stasi beschattet wurden, wird heute von Zeithistorikern gern hervorgehoben. Das zeichnet sie aber in keiner Weise von anderen DDR-Bürgern aus, ist demnach kein antisemitisches Faktum. Wichtig ist es auch zu wissen, von wie großem Kreis man spricht, wenn von jüdischen Gemeinden der DDR die Rede ist. Im Jahre 1946 waren auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone 4500 Personen in den jüdischen Gemeinden eingeschrieben, 1990 betrug die Gesamtzahl der Mitglieder jüdischer Gemeinden der DDR etwa 400¹⁵. Erheblich größer war die Anzahl von Personen mit jüdischen Wurzeln außerhalb der Gemeinden, zu denen auch ich gehörte.

Erst in den letzten Jahren der DDR gab es bei einer Handvoll Juden eine vorsichtige Rückbesinnung auf die Religion und die jüdische Tradition.¹⁶ Diese Besonderheit der Juden der DDR, dass sie nämlich meist nicht religiös und marxistisch orientiert waren, leugnen oder verschweigen heute viele von ihnen, hauptsächlich deshalb, weil sie seit der Wende danach streben, im vereinigten Deutschland als „richtige“ Juden anerkannt zu werden.

4. Staatliche Fürsorge für ehemals „rassisch Verfolgte“ in der DDR

Da sich mein jüdischer aber marxistisch orientierter Vater einstmals entschloss, wegen der antisemitischen Ausgrenzung und Benachteiligung im kommunistischen Polen das Land zu verlassen und in der DDR um Asyl zu bitten, lebte ich seit 1957 in der DDR. Ab dieser Zeit kann ich folglich als Zeuge der Atmosphäre in diesem Staat gelten, den ich 1977 nach einjähriger Haft wegen „Staatsverleumdung“ Richtung Westen verlassen durfte. Mindestens seit 1968 betrachtete ich mich als einen Gegner des DDR-Systems der politischen Unterdrückung und Einmauerung des ganzen Volkes. Klammere ich die Haltung zu Israel aus, kann ich mich aber aus meinem 20-jährigen Leben in der DDR an keinen antisemitischen Vorfall erinnern, für den ich die SED oder den Staat verantwortlich machen würde. Ich habe ganz im Gegenteil mehrfach selbst erlebt, wie rigide die Maßregelung selbst von Kindern ausfiel, wenn sie sich erdreisteten, mich als „Juden“ zu beschimpfen. Bei aller politischen Distanz, die ich in den letzten Jahren meines Lebens in der DDR zu ihrem diktatorischen Einparteiensystem hatte und heute nach wie vor habe, den Vorwurf antisemitischer Behandlung jüdischer Bürger kann ich diesem Staat, im Gegensatz etwa zu Polen, nicht machen. Weil ich 1944 in Frankreich in einer jüdischen Familie im Versteck geboren wurde war ich ganz im Gegenteil selbst Ziel der Fürsorge und der materielle Hilfe seitens der DDR-Behörden für die Überlebenden des Holocaust (der allerdings damals noch nicht so genannt wurde). Ich möchte hier kurz die Vorteile aufzählen, die ich in der DDR als Jude und deshalb anerkannter Verfolgter des Naziregimes (VdN) gegenüber der sonstigen Bevölkerung hatte:

- Stipendium bereits als Oberschüler (Gymnasiast), später Zusatzstipendium während des Studiums
- Halbwaisenrente im Fall des Ablebens eines Elternteils (meine Mutter verstarb, als ich 2 Jahre alt war)

- Teilrente in Höhe von 280 Mark, zusätzlich zum Gehalt, seit meinem 26. Lebensjahr
- Die feste Perspektive einer hohen Zusatzrente (VdN-Rente) ab dem 60-ten Lebensjahr (ab 1988 1400 Mark monatlich)
- Regelmäßige medizinische und psychologische Sonderbetreuung durch besondere VdN-Ärzte
- Die von meinem Vater oft genutzte Möglichkeit von kostenlosen Urlaubsaufenthalten und Kuren in VdN-Heimen und VdN-Sanatorien
- Sonderkontingent für Wohnungen und deshalb keine Wartezeit auf eine Wohnung
- Sonderkontingent für PKWs und deshalb eine verkürzte Wartezeit auf einen PKW
- Verkürzte Wartezeit auf einen Telefonanschluss

Wer das Leben in der DDR mit allen seinen materiellen Beschränkungen, insbesondere der etwa zehnjährigen Wartezeit auf eine Wohnung oder ein Auto und keinem Anrecht auf ein Telefon, selbst erlebt hat, kann den hohen Wert der letztgenannten Vorteile, neben den Geldzuwendungen, sehr wohl einschätzen. Sie waren öffentlich nicht bekannt, weil sie sonst bei der übrigen Bevölkerung Neidgefühle wecken würden. Diese Vorteile, die allen Überlebenden des Holocaust gewährt wurden, also nicht nur den etwa 400 Mitgliedern der jüdischen Gemeinden der DDR, sondern der etwa zehnfachen Anzahl von Personen, können nicht, wie in dem Fernsehbeitrag geschehen, heruntergespielt werden, indem von „Opfern zweiter Klasse“ geredet wird, womit gemeint ist, die in der Nazizeit verfolgten Kommunisten seien besser gestellt gewesen, als die Juden. Es gab in der DDR eine VdN-Rente für die in der Nazizeit „rassisch“ Verfolgten, zuletzt in Höhe von 1400 Mark, und die „Ehrenpension für Kämpfer gegen den Faschismus“ in Höhe von zuletzt 1700 Mark monatlich. Das ist mir genau bekannt, weil mein Vater als ehemaliges Mitglied der KPD in der Weimarer Republik und in der Nazizeit in der DDR eine solche „Ehrenpension“ erhielt. Genaueres zu den beiden Renten, die im Laufe der Jahre erhöht wurden, ist in der einschlägigen Literatur zu finden. Hier einige Zahlen aus Internet-Quellen.¹⁷

Art der Zusatzrente	1966	1976	1985	1988
Rente für Verfolgte des Naziregimes (VDN-Rente) in Mark	600	1000	1200	1400

Ehrenpension für Kämpfer gegen den Faschismus in Mark	800	1200	1500	1700
---	-----	------	------	------

Um die Höhe der Zusatzrenten richtig einschätzen zu können, sollten sie mit der Einkommenssituation in der DDR verglichen werden. Das durchschnittliche Bruttogehalt entwickelte sich in der DDR wie folgt¹⁸:

Jahr	1950	1960	1970	1980	1990
Bruttogehalt in Mark	265,25	444,00	589,08	787,33	1290,33

Dabei betrug 1966 die durchschnittliche Altersrente in der DDR 164 Mark. Im Jahr 1988 lagen die Altersrenten etwa zwischen 300 und 600 Mark.

5. Wurden in der DDR „rassisch Verfolgte“ gegenüber „Kämpfern gegen den Faschismus“ benachteiligt?

An diesen Vergleichszahlen kann man die materielle Privilegierung von anerkannten Verfolgten des Naziregimes, aber auch von „Kämpfern gegen den Faschismus“, in der DDR deutlich erkennen. Letztere erhielten eine höhere „Ehrenpension“. Doch aus dieser, dem Selbstverständnis der DDR als „antifaschistischer Staat“ folgenden, Differenz von 300 Mark (in früheren Jahren 200 Mark) monatlich eine grundsätzliche Benachteiligung der Juden zu konstruieren ist eine Haarspalterei, bedenkt man, dass ein nicht unerheblicher Teil jener kommunistischen „Kämpfer gegen den Faschismus“ zugleich Juden gewesen sind, so z.B. mein Vater und zahlreiche seiner Freunde und Bekannten, auch der oben oft zitierte Helmut Eschwege ebenso Prof. Rudolf Lappe aus Dresden oder das Ehepaar Schreier aus Meißen. Es ist ein kleinlicher Versuch, die DDR als einen Unrechtsstaat in Bereichen abzuqualifizieren, in denen sie es kaum gewesen ist, als wäre das Schuldkonto des Diktatur- und Mauerstaates DDR nicht groß genug, weshalb man es künstlich aufbauschen muss. Ob die DDR dem Anspruch ein „antifaschistischer Staat“ gewesen zu sein gerecht wurde, ist ein anderes Thema und hat mit der Haltung der DDR-Behörden zu den Juden im eigenen Land nur wenig zu tun.

Die Differenzierung zwischen „Kämpfern gegen den Faschismus“ und „rassisch verfolgten“, die heute von manchen Zeithistorikern oder Publizisten als antisemitisch betrachtet wird, war übrigens ganz im Sinne der meisten jüdischen Kommunisten in der DDR, für die die Haltung meines Vaters symptomatisch ist. Er war bis zum Reichstagsbrand im März 1933 in der Berliner KPD als Agitator und Vertreiber

marxistischer Literatur tätig. Die seit Januar 1933 in Deutschland herrschenden Nationalsozialisten nahmen bekanntlich den Reichstagsbrand zum Anlass, sich der kommunistischen Widersacher zu entledigen. Es kam zu Massenverhaftungen von exponierten KPD-Mitgliedern. Auch meinem Vater drohte damals die Verhaftung, weswegen er aus Deutschland nach Belgien floh. Seinen Kindern, Freunden und Bekannten erzählte er später, er sei nicht als Jude aus Deutschland geflohen, sondern als Kommunist und Gegner der Nazis. Diese Differenzierung war für ihn sehr wichtig, denn sie entsprach, besonders in der DDR, der Unterscheidung zwischen einem Opfer und einem Kämpfer. An einem Opfer haftete aber der Geruch der Passivität und des Versagens und diesen Makel wiesen die jüdischen Kommunisten energisch von sich. Sie waren selbst davon überzeugt, Angehörige einer Elite zu sein, deren Leistungen im Kampf gegen den Faschismus besonders zu honorieren seien und die zudem aufgrund ihrer höheren Moral selbstverständlich befugt war, die einstmals der nazistischen Demagogie verfallene Masse des deutschen Volkes zu erziehen. Dass sich angesichts des schmeichelhaften Ruhms, als „Kämpfer gegen den Faschismus“ geehrt zu werden und der daraus folgenden materieller Vorteile viele kleine Lichter zu Helden des antifaschistischen Widerstandes stilisierten, ist menschlich verständlich.

6. Gegenüber „ihren“ Überlebenden des Holocaust war die DDR großzügiger als die Bundesrepublik

Die DDR hat, und das wird ihr im Nachhinein angelastet, in der Tat keine Entschädigungszahlungen an die Überlebenden Juden geleistet. Das war, bezogen auf die nicht in der DDR lebenden Juden, gewiss eine unmoralische Haltung, mit der die in der DDR lebenden Deutschen, die ebenso wie ihre bundesdeutschen Landsleute eine Mitverantwortung für die ehemals im Namen Deutschlands begangenen Verbrechen trugen, pauschal von jeder Schuld befreit wurden. Daraus kann man aber nicht folgern, dass grundsätzlich keine Zahlungen an Juden geleistet wurden, denn der Gesamtwert der oben skizzierten materiellen und sozialen Zuwendungen für einen in der DDR lebenden Juden war weit höher als die einmalige Entschädigung, die ein in der Bundesrepublik lebender Überlebender des Holocausts laut dem Entschädigungsgesetz von 1953 erhielt, nämlich 150 DM für einen Monat Haft.¹⁹ Hinzu kommt, dass man in der DDR wesentlich großzügiger mit der Anerkennung des Verfolgtenstatus war als in der Bundesrepublik und ich zum Beispiel in der Bundesrepublik keine Chance gehabt hätte, als Verfolgter anerkannt

zu werden, weil dort jeder Tag der Haft minutiös gezählt wurde, ich aber als Baby in Frankreich nicht in Haft gewesen bin und in dem Versteck meiner Eltern die Verfolgung nicht bewusst wahrnehmen konnte. Ich hätte also von der Bundesrepublik keinerlei Hilfe erhalten, ganz anders als es in der DDR geschehen ist. In der Bundesrepublik hat man dagegen erst in den neunziger Jahren das Thema der psychischen Störungen bei der „zweiten Generation der Überlebenden des Holocaust“ entdeckt. Es ist an der Zeit, diese zweifellos positive Seite der DDR offen zu benennen und zu würdigen, ohne dabei in eine „Ostalgie“ verfallen zu müssen.

Dass in der DDR der Weg der materiellen Zuwendung und der sozialen Betreuung der Opfer des Nationalsozialismus und nicht der Entschädigung eingeschlagen wurde, folgte unter anderem aus der Ablehnung der Zahlung hoher Summen an Einzelpersonen, die zu einer ideologisch unerwünschten Kapitalbildung in privaten Händen geführt haben könnte.

Um nicht ein falsches Bild der DDR zu kreieren, muss hier aber ergänzen, dass mir während der Verbüßung der einjährigen Haftstrafe wegen „Staatsverleumdung“ der Status des Verfolgten des Naziregimes entzogen wurde. Die oben genannten Zuwendungen und Vorteile konnte man folglich als Überlebender des Holocausts nur dann genießen, wenn man sich nicht politisch von dem Staat abwandte. Da aber die meisten in der DDR lebenden Juden nach dem Zweiten Weltkrieg Ostdeutschland als den vermeintlich „besseren Teil“ Deutschlands selbst gewählt hatten²⁰, und die „unsicheren Kantonisten“ bis 1961 die Möglichkeit hatten, die DDR zu verlassen, muss davon ausgegangen werden, dass zumindest danach Fälle des Streichens aus der Liste der Verfolgten relativ selten gewesen sein müssen, obwohl, und dafür bin ich selbst ein Beispiel, sich nicht wenige Kinder jüdischer Kommunisten in der DDR desillusioniert von den Anschauungen ihrer Eltern abwandten, darunter auch einige meiner Freunde. Als ich 1976 mit DDR-kritischen Äußerungen an die Öffentlichkeit gegangen bin, wurde ich aber zu meiner höchsten Überraschung vom DDR-Recht geschützt. Als anerkannter Verfolgter des Naziregimes war ich nämlich, selbst als politischer Gegner, unkündbar und wurde deshalb, anders als Nichtjuden in ähnlicher Lage, nicht aus meiner Arbeitsstelle entlassen. Dieses Privileg erledigte sich allerdings mit der Verhaftung und dem daraufhin erfolgten Entzug meiner Anerkennung als Verfolgter des Naziregimes.

7. War die antiisraelische Haltung der DDR antisemitisch?

Ein unrühmliches Blatt der DDR-Geschichte ist natürlich die Haltung zu Israel. Bedenkt man aber, dass die aggressive antiisraelische und undifferenziert araberfreundliche Rhetorik, derer sich die SED und die Medien in der DDR bedienten, in Moskau produziert wurde und sowjetischen Großmachtambitionen diene, wird sie zwar nicht entschuldbar, aber zumindest plausibel. Die SED und die Staatsmacht der DDR waren jedoch streng darauf bedacht, zwischen Israel und Juden zu unterscheiden, weshalb die antiisraelische Haltung der DDR und besonders die Militärhilfe an die arabischen Nachbarstaaten Israels wohl als unverantwortlich, in ihrer Intention aber kaum als judenfeindlich zu deuten ist, ebenso wenig wie die antiisraelische Haltung meines jüdischen und kommunistisch gesinnten Vaters. Man muss auch bedenken, dass die antizionistische Haltung schon vor der Nazizeit unter kommunistisch orientierten Juden Gang und Gebe gewesen ist. Denn die zionistische Konzeption eines jüdischen Staates in Palästina wurde von den ihrem Selbstverständnis nach internationalistisch gesinnten Marxisten als ein nationalistisches Konstrukt verworfen und scharf bekämpft. Diese radikal antizionistische Haltung war aber mit strikter Ablehnung der Judenfeindschaft und der Diskriminierung von Juden verbunden, weswegen sie nicht als antisemitisch zu bewerten ist, ebenso wenig, wie die grundsätzliche, zuweilen militante Ablehnung jeder Religion durch die Kommunisten, einschließlich der jüdischen. Als antisemitisch kann aber, nach der heute geltenden Definition²¹ und an einem moralischen Mindeststandard gemessen, auch eine unverhältnismäßig negative Bewertung Israels bezeichnet werden, verbunden mit Forderungen an Israel, die an keinen anderen Staat der Welt erhoben werden, so etwa der, das Leben der eigenen Bürger nicht vor Terroranschlägen seitens palästinensischer Extremisten schützen zu dürfen. Doch selbst diese zweifellos antisemitische Form des „Antizionismus“ darf nicht mit Judenfeindschaft verwechselt werden, zumal sie von zahlreichen jüdischen „Friedensaktivisten“ in und außerhalb Israels vertreten wird. Sie ist antisemitisch, weil sie in letzter, oft nicht bedachter Konsequenz die Beseitigung des Staates Israel und den Massenmord an seiner jüdischen Bevölkerung durch die Feinde Israels in Kauf nimmt. In diesem Sinne ist die Berichterstattung über Israel in den DDR-Medien als antisemitisch, aber nicht judenfeindlich, einzustufen, wobei allerdings die Übergänge fließend sind.

Ebenso kritisch, das sei am Rande bemerkt, muss jedoch auch die gegenwärtige, oft feindselige Berichterstattung der bundesdeutschen Medien über Israel betrachtet werden, wobei aber die bundesdeutschen Propagandisten im Gegensatz zu ihren DDR-Kollegen keinem Druck seitens einer ideologischen Zentrale oder einer Großmacht ausgesetzt sind, folglich ganz freiwillig einseitig oder falsch berichten.

8. Die Haltung der Staatsführung zu Israel trieb Juden in der DDR in Gewissenskonflikte

Die antiisraelische Propaganda war in der DDR mit einer den Bürgern auferlegten Pflicht verbunden, sich zu ihr öffentlich zu bekennen, was in besonderen Meetings in Betrieben, Institutionen und Bildungseinrichtungen demonstrativ geschah. Wer sich einem solchen öffentlichen Bekenntnis verweigerte konnte mit disziplinarischen Schritten, besonders innerhalb der SED, und mit negativen Folgen für seine berufliche Laufbahn rechnen. Diese Atmosphäre der Erpressung trieb viele Bürger der DDR mit jüdischen Wurzeln, die sonst dem Staat und der kommunistischen Ideologie gegenüber loyal eingestellt waren, in tiefe Gewissenskonflikte, die sich bei manchen von ihnen in öffentlichen Bekundungen der Solidarität mit Israel entluden. Die Reaktionen der Behörden auf solche individuellen Demonstrationen waren unterschiedlich. Sie reichten vom Ignorieren, was zum Beispiel in meinem Fall 1967 und danach geschah, bis hin zu Repressionen, die von den Betroffenen als antisemitisch wahrgenommen wurden, so zum Beispiel im Fall von Helmut Eschwege. Mein jüdischer Freund Peter Schreier aus Meißen wurde 1967, nach einer Auseinandersetzung mit einem ägyptischen Kommilitonen, den er wegen seiner aggressiv antijüdischen Äußerungen als „Nazi“ beschimpfte und bei der Leitung der Leipziger Universität anzeigte, selbst von der Universität verwiesen. Höhepunkte erreichte die öffentliche Verteufelung Israels anlässlich der arabisch-israelischen Kriege, so 1956²², 1967²³, 1973²⁴ und 1982²⁵. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass die DDR-Medien in der antiisraelischen Propaganda streng den sowjetischen Vorgaben und Mustern folgten. Als Indiz hierfür kann die sukzessive Öffnung der DDR für Kontakte mit jüdischen Gemeinden der Bundesrepublik, jüdischen Organisationen in den USA und schließlich auch dem Staat Israel seit 1985 dienen. Der radikale Wechsel der Politik gegenüber Juden, besonders aber gegenüber Israel, deckt sich zeitlich weitgehend mit der von Honecker ungeliebten Perestroika von Gorbatschow. Die bis dahin üblichen Befehle aus Moskau blieben plötzlich aus, wodurch die Satelliten der Sowjetunion eine seit ihrem Entstehen nach dem 2.

Weltkrieg nicht gekannte politische Handlungsfreiheit erhielten. Die Honecker-Führung nutzte diese nicht zu einer Demokratisierung des politischen Systems, wohl aber zu einer Entkrampfung des Verhältnisses zu Juden in der DDR und in der westlichen Welt, schließlich auch zu einer zaghaften Revision der bisherigen aggressiven Politik gegenüber Israel.

9. Es gab in beiden deutschen Staaten einen traditionellen Antisemitismus

Dass Judenfeindschaft im Sinne einer Diskriminierung von jüdischen Mitbürgern in der DDR, zumindest nach dem Tod Stalins im Jahre 1953, weder Staatsdoktrin, noch Teil der Ideologie oder des politischen Systems gewesen ist und im Gegenteil schwer geahndet wurde, schließt natürlich keineswegs aus, dass es bei einer ganzen Reihe von Personen gegen jüdische Menschen gerichtete antisemitische Vorurteile gegeben hat, die aber aus der deutschen, insbesondere nazistischen, Vergangenheit stammten. Nicht zuletzt deshalb, aber auch wegen ihrer marxistischen Einstellungen, scheuten sich in der DDR die meisten Juden, sich als solche zu outen. Das hatte auch gute Gründe, denn selbst kommunistisch orientierte Gegner des Antisemitismus waren von antisemitischen Klischees nicht frei. Das zeigte sich Ende der achtziger Jahre, kurz vor der Wende, ausgerechnet in Bemühungen Erich Honeckers, jüdische Kreise in den USA DDR-freundlich zu stimmen, um dadurch, wie er meinte, eine finanzielle Unterstützung der DDR durch die USA zu erwirken²⁶. Damit beschritt er aber einen Weg, den die Bundesrepublik bereits dreißig Jahre zuvor gegangen war. Man sollte nämlich nicht vergessen, dass die Zuwendungen der Bundesrepublik an Israel in den 50-er und 60-er Jahren weniger von moralischen Überlegungen und schlechtem Gewissen diktiert wurden, als von dem Glauben, so die als judenfreundlich geltenden Amerikaner und ihre Verbündeten von der „Salonfähigkeit“ des westdeutschen Staates überzeugen zu müssen²⁷. Die Anerkennung der Bundesrepublik Deutschland als Partner des Westens führte folglich unter anderem über die Kooperation mit Israel. In diesem Zusammenhang nicht unwesentlich sind die von der DDR damals an die Sowjetunion gezahlten enormen Kriegsreparationen. Der Bundesrepublik wurden dagegen sofort nach ihrer Entstehung 1949 von den drei Westmächten die Reparationszahlungen erlassen. Dabei ist die erheblich höhere Wirtschaftskraft der alten Bundesrepublik als der DDR zu bedenken, die kaum in der Lage gewesen wäre, gleichzeitig Reparations- und „Wiedergutmachungszahlungen“ zu leisten. Man muss allerdings anerkennen, dass die Zahlungen an Israel durch die Bundesrepublik unter anderem damit begründet wurden, dass die Hunderttausenden

durch die nationalsozialistische Mordpolitik nach dem Krieg in den KZs überlebenden, jedoch in ihren Ursprungsländern bedrohten Juden in die israelische Gesellschaft eingegliedert werden mussten, was mit einem erheblichen finanziellen Aufwand verbunden war²⁸.

10. Ehemalige Nazis in führenden Positionen der Bundesrepublik boten der DDR eine propagandistische Angriffsfläche

Das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Nachkriegsstaaten war vom ideologischen Gegensatz zwischen bürgerlicher Demokratie und kommunistischer Ideologie, sowie vom kalten Krieg zwischen den beiden Blöcken geprägt. Es ist deshalb nicht zu verstehen, warum der DDR-Führung im Nachhinein vorgeworfen wird, mehr oder weniger belastete ehemalige Nazis in der Führung des bundesdeutschen Staates aufgespürt zu haben, um dadurch diesen Staat als angeblich „faschistisch“ zu delegitimieren. Es wäre eher unverständlich, wenn die DDR als ein ideologischer Gegner der Bundesrepublik diese propagandistische Chance nicht genutzt hätte. In diesem Licht ist auch die Kampagne gegen Adenauers Staatssekretär im Bundeskanzleramt Hans Globke zu sehen, der sich in der Nazizeit als Kommentator der Rassengesetze hervorgetan hat und dabei auf seine Erfahrungen aus der Weimarer Zeit zurückgreifen konnte, wo er bereits 1932 im preußischen Innenministerium judenfeindliche Gesetze formuliert hatte.²⁹ Mag sein, dass die DDR-Propaganda in manchen Fällen die nazistische Belastung führender Politiker der Bundesrepublik bewusst übertrieb, im Fall Globkes, der sich schon vor Hitlers Machtantritt als „Spezialist“ in Judenfragen profiliert hatte, war das kaum der Fall.

Von heutigen Historikern werden zuweilen die entschädigungslosen Enteignungen jüdischer Vermögen und Unternehmen in der Sowjetzone, bzw. der DDR, fälschlicherweise als antisemitisch gedeutet. Dabei waren sie lediglich eine Konsequenz der diktatorischen, antikapitalistischen und sozialistischen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik der kommunistischen Führung und betrafen ebenso nichtjüdische Unternehmer. Antisemitisch ist aber eine Handlung nur dann, wenn sie Juden gegenüber Nichtjuden benachteiligt.

11. In der DDR wurden die Nazi-Verbrechen früher thematisiert als in der Bundesrepublik

In Ost- und Westdeutschland hatten sich einst ganz unterschiedliche Rituale des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus und an seine Gegner etabliert. Während in der Bundesrepublik der ermordeten Juden und geistig Behinderten, später auch der Sinti und Roma, sowie der Homosexuellen, als der Opfer des nazistischen Rassenwahns und des sozialdarwinistischen Menschenbildes gedacht wurde, galt in der DDR das Gedenken primär den ermordeten kommunistischen Antifaschisten und sowjetischen Kriegsgefangenen, in zweiter Linie den Juden, die in den zahlreichen antifaschistischen Gedenkstätten, wenn überhaupt, dann nur marginal erwähnt wurden, was aber nicht heißt, dass die Ermordung der Juden in der DDR verschwiegen wurde. Der Vorwurf der in der DDR vermeintlich unterlassenen Aufklärung der Bevölkerung über die Nazi-Gräueltaten an Juden wird nach der Wende in der Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit häufig erhoben. Er entspricht aber nicht meiner eigenen DDR-Erfahrung. Natürlich wurde in meiner Familie aus verständlichen Gründen das nationalsozialistische Massaker an Juden immer wieder thematisiert. Darüber hinaus habe ich aber von diesen Fakten auch in der Schule gelernt. Zudem gehörten Pflichtbesuche von ehemaligen KZs, Theaterstücken und Filmen wie „Ehe im Schatten“, „Professor Mamlock“ oder „Sterne“ über das Schicksal von (nicht kommunistischen) Juden in der Nazizeit schon in den fünfziger Jahren zum schulischen Repertoire. Die „Tagebücher der Anne Frank“ kannte in der DDR jedes Kind und „Nackt unter Wölfen“ war in der Schule Pflichtliteratur. Zwar stellten sich in der DDR die Kommunisten als die wichtigsten Gegner und Opfer der Nazi-Diktatur dar, sie verschwiegen aber keineswegs den Massenmord an den Juden, auch wenn sie aus politischen und wirtschaftlichen Motiven allein die Bundesrepublik als den Nachfolgestaat des Nazireiches bezeichneten und ihr folglich die Gesamtverantwortung für die Gräueltaten der Nazizeit zuschoben, in moralischer wie in materieller Hinsicht.

Zum diesem Thema äußerte sich im gleichen Sinne Yoav Sapir in seiner 2006 an der Hebräischen Universität Jerusalem eingereichten Masterarbeit „Das Bild des Juden im Spielfilm der Deutschen Demokratischen Republik“:

„So wurden zum Beispiel die Ereignisse in der Berliner Rosenstraße im Jahre 1943 schon 1971-72 im dritten Teil der Bilder des Zeugen Schattmann filmisch

bearbeitet, also 21 Jahre vor dem bundesdeutschen Dokumentarfilm Befreiung aus der Römerstraße (Michael Muschner, 1993-94) und drei Jahrzehnte vor dem Spielfilm Rosenstraße (Margarethe von Trotta, 2002-3). Dabei figurierten die Juden schon von Anfang an (Ehe im Schatten, 1947) als Opfer nationalsozialistischer Verfolgung, sodass dieses Stück Geschichte, im Gegensatz zur mangelhaften Aufarbeitung des Holocaust im Westen, in der DDR nicht beiseitegeschoben oder gar verdrängt wurde.³⁰

12. Grenzen der Aufklärung über den Nationalsozialismus im kommunistischen Diktatorsystem

Was in der DDR in der Tat nicht thematisiert wurde und im Gegenteil ein striktes Tabu war, waren die strukturellen Gemeinsamkeiten zwischen der nationalsozialistischen Hitler-Diktatur und dem realsozialistischen DDR-Staat. Es gab sie im Einparteiensystem, im Überwachungs- und Bespitzelungssystem, in paramilitärischen, Kinder- und Jugendorganisationen, in der Gleichschaltung der Presse- und Kulturlandschaft, im Stil politischer Propaganda, in der Sprache. Die Liste könnte beliebig verlängert werden. Das in der DDR verlegte Buch von Victor Klemperer LTI (Die Sprache des Dritten Reiches)³¹ war in der DDR unter den Intellektuellen ein Bestseller, weil man in der von Klemperer beeindruckend beschriebenen Vergewaltigung der Sprache durch die Nationalsozialisten ein Abbild der DDR-Wirklichkeit entdeckte. Von dieser Warte betrachtet konnte die Distanzierung der kommunistischen Machhaber der DDR vom Nationalsozialismus nur am Kern des Problems vorbei zielen, nämlich dem beiden Systemen immanenten eklatanten Mangel an Bürgerrechten und demokratischen Freiheiten.

Da in vulgär marxistischer Interpretation von SED-Ideologen der „Faschismus“ als eine unmittelbare Folge des kapitalistischen Systems betrachtet wurde³², wurden die älteren „Werkstätigen“ der DDR höchstens als in der Nazizeit „Verführte“ betrachtet und deshalb pauschal von jeder Schuld an Gräueln des Nazi-Regimes und von jeder Verantwortung für diese befreit. Hin und wieder wurde aber in der DDR ein Nazi-Henker enttarnt und gerichtlich zur Verantwortung gezogen. Von solchen Einzelfällen abgesehen galt das Volk der DDR wie der Staat als von einer Schuld oder Verantwortung für die Verbrechen des Naziregimes frei, im Gegensatz zur Bundesrepublik, die in der Propaganda der DDR als Nachfolgestaat des NS-Regimes und als Hort frei lebender Nazi-Verbrecher betrachtet wurde. Folglich wurden in der

DDR die Verbrechen des Nazi-Regimes in Medien und in Schulen keineswegs verschwiegen, ganz im Gegenteil. Die mit tiefem Abscheu bedachte Nazi-Vergangenheit wurde aber einseitig dem bundesdeutschen Feind angelastet und so bei ihm „entsorgt“. Man kann der DDR deshalb den Vorwurf machen, dass junge Generationen in diesem Staat aufwuchsen, ohne zu ahnen, geschweige denn zu wissen, dass es nicht irgendwelche gesichtslosen Nazis, sondern ihre Verwandten, Eltern, Großeltern, Onkel, Tanten waren, die durch ihr Schweigen, ihre Billigung oder aktive Mithilfe für die Verbrechen der Nazis zumindest mitverantwortlich waren.

13. Sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik wurde der Widerstand gegen den Nationalsozialismus politisch instrumentalisiert

Im Kontrast zu dem Verschweigen der moralischen Verantwortung auch des „einfachen Volkes“ für das Nazi-System stand in der DDR die ritualisierte Form, in welcher sich die Kommunisten als Gegner des Nationalsozialismus ehren ließen, womit sie sich selbst auf Dauer die Legitimierung zum Führen des „antifaschistischen Staates“ DDR aussprachen. Nur am Rande erwähnte man den sozialdemokratischen und den „bürgerlichen“ Widerstand, dem auch das Hitler-Attentat vom 20. Juli zugerechnet wurde. Ganz anders verhielt es sich in der Bundesrepublik, wo das Hitler-Attentat vom 20. Juli quasi zum Gründungsmythos des westdeutschen Staates erhoben wurde. Der kommunistische Widerstand wurde dort dagegen weitgehend verschwiegen, da doch die Kommunisten als „rot lackierte Nationalsozialisten“³³ nur einen anderen totalitären Staat im Schilde führten. Dass das Hitler-Attentat vom 20. Juli nicht einen demokratischen Staat zum Ziel hatte und dass es nur deshalb stattfand, weil Hitler von einer Gruppe führender Wehrmacht-Offiziere für unfähig befunden wurde, einen siegreichen Krieg zu führen, wurde und wird in der Bundesrepublik weitgehend verschwiegen. In einem Punkt scheint demnach zwischen Ost- und Westdeutschland eine Gemeinsamkeit bestanden zu haben: Im Verschweigen wichtiger Fakten und Hintergründe. Meist ging es aber nicht um Verschweigen, sondern um unterschiedliche Wertesysteme, aus denen unterschiedliche Gewichtungen und Bewertungen von Fakten folgten. Die Behauptung, es hätte in der DDR keine Aufklärung über die Nazizeit und insbesondere über den Massenmord an Juden gegeben, ist folglich als unwahr einzustufen. Man kann lediglich mit den aus den historischen Fakten in der DDR gezogenen Schlüssen nicht einverstanden sein, was aber in modifizierter Form auch für die Bundesrepublik gelten sollte.

14. Nazi-Ideen als Widerstandskonzept für Gegner der DDR

Wenn es vor und nach der Wende auf dem Gebiet der DDR bei manchen Menschen zu einer Renaissance nazistischer Gedankengüter kam, lag das weniger an fehlender Aufklärung über den Nationalsozialismus, als vielmehr an der allgemeinen Ablehnung der als lügenhaft wahrgenommenen DDR-Propaganda. Die extrem negative Beschreibung und Bewertung der Nazizeit in Medien und Schulen der DDR wurde in Teilen der Bevölkerung als Zweckpropaganda gewertet und verlor bei ihnen deshalb ihre Glaubwürdigkeit. Zudem erfolgte schon in der DDR-Zeit bei vielen Jugendlichen eine Hinwendung zum nationalsozialistischen Gedankengut, nach dem Motto „der Feind meines Feindes ist mein Freund“, was durch die strukturellen Ähnlichkeiten des Nationalsozialismus und des realen Sozialismus zusätzlich begünstigt wurde. Zuweilen äußerte sich diese Haltung in demonstrativen Aktionen, wie Hakenkreuzschmierereien oder Schändungen jüdischer Friedhöfe. Auch war seit Mitte der achtziger Jahre, besonders in Ostberliner Stadtteilen Marzahn und Lichtenberg, eine Skinhead-Szene präsent, die ganz offen mit Nazi-Symbolen provozierte. Etwas verkürzt formuliert kann gesagt werden, dass es in der DDR eine weitgehend unorganisierte nationalsozialistische oder zumindest auf das nationalsozialistische Gedankengut zurückgreifende Opposition gegen das herrschende kommunistische Regime gegeben hat, die die Zeit des Nationalsozialismus idealisierte und verherrlichte. Neben den „sozialen Errungenschaften“ vor Kriegsbeginn, etwa Autobahnbau, Wohnungsbau, „Kraft durch Freude“ und den Stolz einflößenden Großmachtambitionen des Nazireiches, wurde von den Nazi-Jüngern in der DDR der radikale Umgang der Nazis mit ihren kommunistischen Widersachern bewundert und als Vorbild angesehen.

Als durchschnittlicher Bürger wurde man kaum mit der am Rande der Gesellschaft agierenden Nazi-Szene konfrontiert. Es gab aber spätestens in den achtziger Jahren nach außen sichtbare starke Skinhead-Gruppen in Jugendklubs. Zudem formierten sich, für die Öffentlichkeit verborgen, vermutlich kontinuierlich seit dem Untergang des Nazireiches, in ostdeutschen Gefängnissen Gruppierungen von Ewiggestrigen, die Nazi-Traditionen an jeweils neue Generationen von Gefangenen weiterreichten und das Ziel verfolgten, nach der Entlassung aus der Haft die „nationale Bewegung“ in das Volk zu tragen. Von Fällen dieser Art erfuhr man nur, wenn man das zweifelhaft Vergnügen hatte, im DDR-Gefängnis zu landen. So war es in meinem Fall, nach meiner Verhaftung wegen „Staatsverleumdung“. In der Dresdner Stasi-U-

Haft wurde mir die folgende Begebenheit vom Ende der sechziger Jahre aus einem Arbeitslager für Kleinkriminelle und „Asoziale“ im Norden der DDR erzählt:

Da in dem Lager auch die Zuteilung der Bekleidung durch Gefangene selbst erfolgte, konnte man gegen Bezahlung auch Sonderwünsche realisieren. Das tat insbesondere ein in jener Zeit in dem Lager berühmter Häftling, der sich eine braun gefärbte Uniform und hohe Offiziersstiefeln besorgen ließ. Von nun an ließ er sich von anderen Häftlingen als „mein Führer“ anreden. Der „Führer“ scharfte eine Gruppe von Jüngern um sich, die sich ebenso wie er braun einkleideten. Er pflegte, sich im Freien vor seinen Anhängern auf eine Kiste zu stellen, und in der Führer-Pose mit rauer Führer-Stimme Reden über die großen Aufgaben zu halten, die vor Deutschland stünden. Der Kreis seiner begeisterten Anhänger wuchs beständig. Bevor sie sich langfristig der „nationalen Aufgabe“ zuwandten, mussten sie sich kurzfristig für die Stunde null wappnen, für den Akt ihrer Selbstbefreiung aus dem Lager. Der „Führer“ stimmte seine Jünger auf diese Aufgabe ein, die ihnen wegen der schwachen Bewachung nicht so schwierig erschien. Die vier Wachposten mussten entwaffnet werden, alles andere war nur ein Kinderspiel. Die Aufgaben wurden verteilt, der Ernstfall mehrfach am grünen Tisch durchgespielt. Es konnte kaum etwas schief gehen. Doch am Tage vor der geplanten Stunde null rollten LKW-s mit Bereitschaftspolizisten auf das Lagergelände. Der „Führer“ und seine Jünger wurden abtransportiert. Der braune Spuk war vorbei.³⁴

Da die DDR-Propaganda ihren Bürgern einhämmerte, die Bundesrepublik sei ein „faschistischer“ Staat, in welchem Altnazis das Sagen hätten und Neonazis das Leben beherrschten, kam es nicht selten vor, dass DDR-Flüchtlinge oder -Übersiedler entsetzt feststellten, dass die Bundesrepublik nicht das von ihnen erträumte Nazi-Land war. Dabei wurde allerdings in der DDR von den Nazi-Jüngern oft eine Soft-Version des Nazismus vertreten, ohne den für die Altnazis obligatorischen Antisemitismus. Der Massenmord an den Juden wurde weitgehend ausgeblendet, was nicht zuletzt ein Ergebnis der DDR-spezifischen Interpretation des Nationalsozialismus gewesen ist. Galten doch in der DDR-Propaganda die Kommunisten als die primären Opfer des Nationalsozialismus, nicht die Juden. Nach der Wende wurde unter dem Einfluss westdeutscher Propagandisten in ostdeutschen

Nazikreisen die häufig neutrale Haltung zu den Juden gegen die Auschwitz-Lüge und die „Protokolle der Weisen von Zion“³⁵ eingetauscht.

15. „Jude“ war in der DDR ein abstrakter Begriff

Da man in der DDR im täglichen Leben kaum Umgang mit Juden hatte, wurde für die meisten DDR-Bürger „Jude“ zu einem abstrakten, unwirklichen Begriff aus der nationalsozialistischen Vergangenheit, in der die Juden, bedingt durch den Massenmord, aufhörten zu existieren. Es wurde in der DDR bis Mitte der achtziger Jahre von Juden kaum gesprochen, schon gar nicht in den Familien, sie waren im Bewusstsein der Mehrheit der Bevölkerung nicht Teil der DDR-Wirklichkeit, was um so leichter fiel, als sich die wenigen in der DDR lebenden Juden meist nicht als solche zu erkennen gaben. Wenn sich die DDR-Propaganda aggressiv gegen Israel wandte, wurde dabei bewusst nicht erwähnt, dass es sich bei der Bevölkerung dieses Staates um Juden handelte. So erkannte ein Großteil der jüngeren Bevölkerung keinen Zusammenhang zwischen den von den Nazis verfolgten und ermordeten Juden und den in Israel lebenden Menschen. Man konnte vom Tagebuch der Anne Frank oder vom Schicksal von Janusz Korczak³⁶ emotional tief bewegt sein und zugleich Hasstiraden gegen den „aggressiven zionistischen Staat Israel“ ablassen.

16. Warum gab es nach der Wende in neuen Bundesländern deutlich weniger Antisemiten als in den alten?

Die Kritiker der in der DDR angeblich nicht erfolgten Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus bleiben die Antwort auf ein äußerst gravierendes Phänomen schuldig. In den nach der Wende, beginnend mit dem Jahr 1991, durchgeführten Umfragen zum Thema antisemitische Einstellungen in der deutschen Bevölkerung, schnitten die neuen Bundesländer regelmäßig viel besser ab, als die alten. Glaubt man den Umfragen, so waren bis vor kurzem antisemitische Einstellungen in den alten Bundesländern doppelt so häufig anzutreffen als in den neuen und das trotz der im Osten gravierenden Fremdenfeindlichkeit.³⁷ Im Jahre 2002 etwa wurden in den alten Bundesländern bei 14,2% der Menschen antisemitische Einstellungen diagnostiziert, dagegen bei nur 7% in den neuen Bundesländern. Juden wurden folglich im Osten, im Gegensatz zum Westen, kaum als störende Fremde wahrgenommen, vielleicht deshalb weil man dort keinen Juden begegnete. Ob das ein Erfolg der DDR-Propaganda und Aufklärung war, sei dahin gestellt. Denn in Schulen der DDR wurde nicht, wie seit den achtziger Jahren in den Bundesrepublik und seit der Wende in den neuen Bundesländern, darauf verwiesen, dass es nicht

wenige, inzwischen meist verstorbene, Angehörige der Schüler waren, die den Juden das Leid zugefügt hatten. Die Schüler in der DDR hatten folglich nicht das Problem, sich womöglich vom Verhalten eigener Verwandten distanzieren zu müssen, was heute ohne Frage bei vielen jungen Leuten im Osten wie im Westen radikale Abwehrreaktionen auslöst. In Umfragen unter schulpflichtigen Jugendlichen in den neuen Bundesländern ist in den letzten Jahren ein rapider Anstieg antisemitischer Haltungen registriert worden.³⁸ Daraus kann man den Schluss ziehen, dass die Qualität der Vermittlung der Geschichte des Nationalsozialismus, wie auch sozialer Kompetenzen, an deutschen Schulen sehr zu wünschen übrig lässt.

Um das angesichts der auffälligen Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland verwirrende Phänomen des vergleichsweise schwachen Antisemitismus zu illustrieren, verweise ich auf eine Begegnung, die ich im Jahre 1976 als politischer Häftling im Strafvollzug Cottbus hatte. Während der im DDR-Strafvollzug obligatorischen Arbeit wurde ich in der Fabrikhalle von einem jungen Mithäftling angesprochen, der sich ganz offen zur nationalsozialistischen großdeutschen Ideologie bekannte. Als er während des Gespräches von meiner jüdischen Abstammung erfuhr, reagierte er völlig überraschend. Er äußerte, es sei Hitlers größter Fehler gewesen, gegen die Juden vorzugehen und der Grund für seinen Untergang. Die Juden seien nämlich heute wie damals potentielle Bündnisgenossen im Kampf gegen den Kommunismus, was Hitler leider nicht erkannt habe. Sie hätten in Israel bewiesen, dass sie kämpfen können.³⁹ Solche absonderlichen Haltungen passen aber nicht in das politische Raster westlicher Soziologen und Politologen, machen folglich die Schlussfolgerungen aus ihren Umfragen im östlichen Teil Deutschlands im hohen Masse fragwürdig.

17. Erst seit den achtziger Jahren ist die Auseinandersetzung mit der Nazi-Zeit in der Bundesrepublik eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Ohne die DDR beschönigen zu wollen sollte man auch nicht vergessen, dass in der Bundesrepublik, ungeachtet der Gerichtsprozesse gegen Nazi-Täter und zahlreicher kritischer Publikationen über Zeit des Nationalsozialismus, bedingt durch Verdrängungsmechanismen, der nationalsozialistische Judenmord Jahrzehnte lang lediglich eine Sache der Historiker war und kaum ins Bewusstsein der Bevölkerung drang, mit Ausnahme einiger „Achtundsechziger“ in der studentischen Szene. Zudem drückten sich sehr viele Geschichtslehrer hartnäckig davor, das Thema in der Schule

zu behandeln. Erst 1979, 34 Jahre nach dem Untergang des Nationalsozialismus, wurde die bundesdeutsche Bevölkerung durch den Hollywood-Film „Holocaust“ geschockt und für das Thema sensibilisiert. Ich lebte damals seit zwei Jahren in Westberlin und war von der Reaktion, die der Film auslöste, sehr überrascht, weil er mir weder neue Informationen, noch ein neues Bild der Nazigräuere vermittelte. Mein Denken und meine Erfahrungswelt waren aber zum erheblichen Teil ein Produkt der DDR.

Erst seit den achtziger Jahren wurde in der Bundesrepublik die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden. Wesentlich hierfür war der inzwischen, 40 Jahre nach dem Krieg, erfolgte Generationenwechsel, insbesondere das Verschwinden potentiell belasteter Personen aus staatlichen Ämtern, Universitäten, Krankenhäusern, der Justiz und Verwaltung, nicht wegen ihrer Mitverantwortung oder Schuld in der Nazizeit, sondern aus rein biologischen Gründen. Vielleicht hatte in den achtziger Jahren auch in der DDR der Generationenwechsel die Öffnung des Landes gegenüber Juden und Israel befördert. Es wäre eine interessante Aufgabe für Historiker, diese Möglichkeit zu prüfen.

Der Unwille von Teilen der deutschen Bevölkerung, die Gräuere der Nazizeit zur Kenntnis zu nehmen, wurde nach der Wende und der deutschen Vereinigung besonders im Zusammenhang mit der „Wehrmachtausstellung“ deutlich. Nach wie vor war ein erheblicher Prozentsatz der Deutschen, in den alten wie neuen Bundesländern, nicht bereit, den Mythos der strengen Unterscheidung zwischen der verbrecherischen SS und der „humanen“ Wehrmacht aufzugeben.

18. Fazit

Als Überlebende des Holocaust waren Juden mindestens seit Anfang der sechziger Jahre in der DDR materiell und sozial privilegiert, sofern sie sich politisch nicht vom Staat abwandten. Sie waren als Gruppe den gleichen Repressionen seitens der Staatssicherheit ausgesetzt, wie die ganze Bevölkerung. Das Misstrauen des Staates richtete sich gegen die christliche Religion mindestens ebenso stark, wie gegen die jüdische. Es gab nichtjüdische wie jüdische Stasi-Spitzel. Außer in den frühen 50-er Jahren fand in der DDR eine Benachteiligung von Juden gegenüber anderen Bürgern nicht statt. Doch auch damals fiel die juristische Verfolgung jüdischer oder mit Juden sympathisierender kommunistischer Funktionäre, die bekanntlich auf

Anordnung Stalins erfolgte, in der DDR vergleichsweise mild aus, es wurden nicht wie in der Sowjetunion, in der CSSR oder in Ungarn Todesurteile ausgesprochen und vollstreckt. Eine Instrumentalisierung antisemitischer Vorurteile für politische Zwecke ist aber in der DDR nach dem Tod Stalins im Jahre 1953 nicht nachweisbar, im Gegensatz etwa zu Polen, wo politische Krisen zu von der Partei und dem Staatsapparat initiierten Wellen des Antisemitismus führten, so 1956 und 1968. Die undifferenzierte, extrem antiisraelische Politik und Propaganda der DDR ist allerdings als antisemitisch einzustufen, weil sie unausgesprochen die Vernichtung des Staates Israel und Ermordung seiner jüdischen Bürger durch die arabischen Nachbarländer in Kauf nahm. Zu Repressionen gegenüber jüdischen Bürgern der DDR konnte sie aber nur dann führen, wenn sich diese proisraelisch äußerten. Doch auch solche Repressionen sind nicht als antisemitisch zu werten, weil sie sich gleichermaßen gegen nichtjüdische Freunde Israels richteten.

Die Rechtslage für politisch Andersdenkende war in der DDR denkbar schlecht. Ebenso kann die Situation von Religionsgemeinschaften in dem sich als atheistisch definierenden Staat beurteilt werden, der alle Religionen gleichermaßen als „Relikte der bürgerlichen und feudalen Vergangenheit“ nur widerwillig duldete. Daraus und aus der von der Sowjetunion inspirierten Israel-Feindlichkeit lässt sich wohl der Vorwurf des antizionistischen Antisemitismus, nicht aber der Judenfeindschaft an den DDR-Staat ableiten. Letztere ist im Gegenteil als gegenstandslos zu betrachten, es sei denn man bewertet das weitgehende Ausblenden realer Juden aus der Nachkriegswirklichkeit als judenfeindlich. Der Verdacht liegt nahe, dass einige einst belastete Unterstützer und Nutznießer des DDR-Systems aus dem jüdischen Umfeld durch den nach der Wende im Nachhinein an die DDR gerichteten generellen Antisemitismusvorwurf die Öffentlichkeit von der eigenen Mitschuld oder zumindest Mitverantwortung für das damalige Unrecht ablenken möchten.

¹ Amadeu Antonio Kiowa: 1962-1990. Ein Arbeiter aus Angola, der 1990 im ostdeutschen Eberswalde Opfer rassistischer Gewalt wurde. Die 1998 initiierte Stiftung gegen Rassismus und Gewalt nahm zum Gedenken an diese Gewalttat den Namen des Opfers an.

² Hierzu siehe auch Helmut Eschwege; „Fremd unter meinesgleichen: Erinnerungen eines Dresdner Juden“; Ch. Links Verlag Berlin; 1991

³ Paul Merker – Deutscher kommunistischer Funktionär. In der DDR Mitglied des Politbüros der SED und Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium

⁴ Helmut Eschwege; „Fremd unter meinesgleichen: Erinnerungen eines Dresdner Juden“; Ch. Links Verlag Berlin; 1991

-
- 5 Rudolf Slansky: tschechischer kommunistischer Funktionär. 1945-51 Generalsekretär der KPC, 1951-52 stellvertretender Ministerpräsident. Wurde in einem Schauprozess als angeblicher „Leiter eines staatsfeindlichen Verschwörungszentrums“ zum Tode verurteilt und am 3. Dezember 1952 zusammen mit zehn weiteren jüdischen Mitangeklagten durch Erhängen hingerichtet.
- 6 Erst 1961 wurde in Berlin die Stalin-Allee in Karl-Marx-Allee umbenannt und das Stalin-Denkmal in Berlin Friedrichshain entfernt. Das geschah still und leise, ohne eine öffentliche Kommentierung. Ebenso wurde erst 1961 Stalinstadt in Eisenhüttenstadt umbenannt.
- 7 Laszlo Rajk: ungarischer kommunistischer Funktionär, Spanienkämpfer. 1946-48 ungarischer Innenminister, 1948-49 Außenminister. Wurde wegen „Titoismus“ und angeblicher Tätigkeit für westliche Geheimdienste in einem Schauprozess zum Tode verurteilt und am 15. Oktober 1949 hingerichtet.
- 8 Trajčo Kostov: bulgarischer kommunistischer Funktionär. 1945-48 Generalsekretär der bulgarischen KP. 1949 verhaftet, unter dem Vorwurf „nationalistische Abweichung, Konspiration und Titoismus“ zum Tode verurteilt, im Dezember 1949 hingerichtet.
- 9 Auch Erich Milke, seit 1957 Chef der Staatssicherheit der DDR und kein Jude, hatte in der Schweiz Kontakt mit Noel Field. Es ist nicht ganz geklärt, wie er sich retten konnte. Es wird vermutet, dass er den einzigen Zeugen für diesen Kontakt, Willy Kreikmeyers, in der DDR Chef der Deutschen Reichsbahn, 1950 verhaften und im Gefängnis ermorden ließ.
- 10 Siehe auch „Deklaration der Rechte der Völker Russlands“ der Bolschewiken von 1917, veröffentlicht unmittelbar nach deren Machtübernahme.
- 11 J.W.Stalin, „Marxismus und nationale Frage“, 1912
- 12 Nach chalachischem Urteil ist derjenige ein Jude (gilt ebenso für Frauen), der eine jüdische Mutter hat. In der Sowjetunion wurde aber derjenige als Jude betrachtet, der einen jüdischen Vater hatte.
- 13 Helmut Eschwege; „Fremd unter meinesgleichen: Erinnerungen eines Dresdner Juden“; Ch. Links Verlag Berlin; 1991
- 14 Ebenda
- 15 <http://lernen-aus-der-geschichte.de/Online-Lernen/Online-Modul/9134>
- 16 Helmut Eschwege; „Fremd unter meinesgleichen: Erinnerungen eines Dresdner Juden“; Ch. Links Verlag Berlin; 1991. In diesem Zusammenhang interessant ist auch der Werdegang der Schriftstellerin Barbara Honigmann, Tochter kommunistisch orientierter Juden, die 1984 mit der Begründung, als gläubige Jüdin leben zu wollen, mit ihrem Mann offiziell die DDR verließ und sich in Frankreich niederließ.
- 17 <http://www.bautzen-komitee.de/DieEhrenrente.pdf>
http://de.wikipedia.org/wiki/Verfolgter_des_Naziregimes
<http://www.landesarchiv-berlin.de/php-bestand/crep118-01-pdf/CREp118-01.pdf>
- 18 http://de.wikipedia.org/wiki/Mark_%28DDR%29
- 19 http://www.multilingualarchive.com/ma/dewiki/de/Deutsche_Wiedergutmachungspolitik
- 20 „Zwischen Thora und Trabant“, Vincent von Wroblewski, Aufbau Taschenbuch Verlag Berlin, 1993. Siehe auch Karin Hartewig von Böhlau „Zurückgekehrt“, C.H. Beck Verlag 1993.
- 21 Eine Arbeits-Definition von Antisemitismus nach der European Union Agency for Fundamental Rights (ehemals EUMC) (28.01. 2005). Quelle: <http://fra.europa.eu/fraWebsite/material/pub/AS/AS-WorkingDefinition-draft.pdf>.
- 22 Der Sinai-Krieg, in welchem Israel gemeinsam mit britischen und französischen Truppen die ägyptische Sinai-Halbinsel besetzte, sich aber der amerikanischen Forderung nach einem Rückzug beugte.
- 23 Der Sechstagekrieg Israels gegen Ägypten, Syrien und Jordanien, der zu der bis heute andauernden Besetzung arabischer Territorien führte .
- 24 Der Yomkipur-Krieg, in dessen Folge es 1979 zum ägyptisch-israelischen Friedensvertrag kam.
- 25 Der Libanon-Krieg. Israel griff in den Libanesischen Bürgerkrieg ein, weil von dort aus von der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation) permanent Anschläge auf Israel verübt wurden
- 26 Michael Wolffsohn, „Die Deutschland-Akte. Tatsache und Legenden“; Edition Ferenczy bei Bruckmann; 1995.
- 27 Kai Bird, The Chairman, John J. McCloy: The Making of the American Establishment, New York 1992, S. 201-227, 314-315, 334-336, 479-482.
- 28 Helmut Eschwege; „Fremd unter meinesgleichen: Erinnerungen eines Dresdner Juden“; Ch. Links Verlag Berlin; 1991.
- 29 Z.B. in Raul Hilberg, „Die Vernichtung der europäischen Juden“; Geschichte Fischer; 1991; Erik Lommatzsch: Hans Globke (1898 – 1973). Beamter im Dritten Reich und Staatssekretär Adenauers, Frankfurt a. M./New York: Campus 2009
- 30 <http://www.scilogs.de/chrono/blog/un-zugeh-ouml-rig/ostdeutsche-judenfrage/2009-05-03/ostdeutsche-judenfrage>. Das Bild des Juden im Spielfilm der DDR", erforscht und geschrieben von: Yoav Sapir, Hebräische Universität Jerusalem, 2004-2006
- 31 LTI – Notizbuch eines Philologen, Reclam Verlag Leipzig, Berlin, 1947

³² Georgi Dimitroff: Faschismus ist „die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. Aus Georgi Dimitroff: „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus.“ 2. August 1935.

³³ So der führenden Sozialdemokrat Kurt Schuhmacher im Jahre 1930 auf einer Gaukonferenz des Reichsbanners Württemberg

³⁴ Gabriel Berger: „Ich protestiere also bin ich. Erinnerungen eines Unangepassten.“; trafo Verlag Berlin 2008

³⁵ Es wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts von unbekanntem Redakteuren auf der Grundlage mehrerer fiktionaler Texte erstellt und gilt als einflussreiche Programmschrift antisemitischen Verschwörungsdenkens.

³⁶ Polnisch-jüdischer Arzt, Pädagoge und Schriftsteller; begleitete 1942 freiwillig etwa 200 Kinder eines Kinderheims in das KZ Auschwitz, wo neben den Kindern auch er ermordet wurde.

³⁷ http://www.presse.uni-erlangen.de/infocenter/presse/pressemitteilungen/forschung_2003/12/676wittenberg.shtml;

Deutscher Bundestag, Drucksache 17/7700 2011; Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus

³⁸ Ebenda.

³⁹ Genau beschrieben in: Gabriel Berger, „Ich protestiere, also bin ich. Erinnerungen eines Unangepassten“; trafo Verlag Berlin, 2008.

Der Autor

Gabriel Berger wurde 1944 als Sohn eines aus Nazideutschland geflüchteten jüdischen Kommunisten im französischen Versteck geboren. Sein Vater ging 1948 freiwillig nach Polen, um dort den Sozialismus aufzubauen. Der polnische Antisemitismus zwang ihn jedoch 1957, seine Teilnahme am sozialistischen Experiment in die DDR zu verlegen.

Gabriel Berger besuchte in Leipzig die Oberschule und studierte in Dresden Physik. Danach war er in der Kernforschung tätig. Nach der erneuten antisemitischen Welle in Polen und dem gewaltsamen Ende des Prager Frühlings im Jahre 1968 verlor der junge Physiker den Glauben an eine Demokratisierung des realen Sozialismus. 1975 stellte er einen Antrag auf Übersiedlung in die Bundesrepublik. 1976 wurde er unter dem Vorwurf der „Staatsverleumdung“ verhaftet. Nach einjähriger Haft übersiedelte er nach Westberlin. Dort arbeitete er zunächst im kerntechnischen Bereich, später als Informatiker. In den achtziger Jahren studierte er Philosophie und veröffentlichte Beiträge in Zeitungen und im Rundfunk. Inzwischen ist er Rentner und als Buchautor tätig.



Kennen Sie schon die tagesaktuellen Ausgaben von COMPASS-Infodienst?

COMPASS liefert zwei- bis dreimal wöchentlich Links zu top-aktuellen Beiträgen aus den Themenbereichen:

Nahost/Israel, Gedenken und Erinnern, Antisemitismus, Rechtsradikalismus, Christlich-jüdischer und interreligiöser Dialog, jüdische Welt. Ergänzt von Rezensionen und Fernseh-Tipps!

Jetzt 5 Ausgaben kostenfrei und unverbindlich !

Bestellen Sie jetzt Ihr Probe-Abo:

abo@compass-infodienst.de